Zeno-Zeitung

Rheder Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Isselburger Zeitung.

65. Jahrgang
Postverlagsort: Bocholt.
Postversandort: Dortmund

Amtliches Kreisblatt für den Landkreis Borken.
Hauptgeschäftsstelle: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernsprecher 2054/55.
Bezugspreis: Abgeholt von der Geschäftsstelle 45 Pfg. wöchentlich. Durch Boten gebracht 2,20 Mk. monatlich, einschließlich 25 Pfg. Botenlohn. Durch die Post einschließlich 42 Pfg. Bestellgeld 2,52 Mk. — Zeno-Sammel-Anzeigenpreise: 10 Pfg. bei 22 Millimeter Breite, Stellengesuche 6 Pfg., Reklamepreis (Textbreite) 80 Pfg. je Millimeter (Preisliste Nr. 1 gültig vom 1. 1. 35).

Volksblatt
für Bocholt und den Kreis Borken

Nummer 33 | Sonntag, den 3. Februar 1935 | Jahrgang 1935

Herzliche Atmosphäre, aber kein greifbares Ergebnis.

Das Pariser Echo der Londoner Besprechungen.

DNB **Paris**, 2. Februar.

Aus dem ersten Londoner Verhandlungstag haben die Sonderberichterstatter der französischen Presse den Eindruck gewonnen, daß trotz der herzlichen Atmosphäre ein greifbares Ergebnis nicht erzielt worden ist und daß man noch nicht sagen könne, ob die Verhandlungen überhaupt zu einem praktischen Ergebnis führen werden, da die englische und die französische Auffassung von ganz verschiedenen Voraussetzungen ausgingen, Voraussetzungen, die übrigens zum Teil bereits hinfällig seien.

„In ihrem Wunsche, zwischen Frankreich und Deutschland zu vermitteln, um ihre Abrüstungsthese weiter verfolgen zu können, schlagen die Engländer uns nichts Greifbares vor," schreibt der Sonderberichterstatter des „Matin". Entgegen allen von der englischen Presse verbreiteten Meldungen sei kein endgültiges Abkommen und keine sensationelle Erklärung beim Abschluß der Verhandlungen zu erwarten. Eine Verlautbarung werde selbstverständlich das herzliche Einvernehmen der Verhandlungen feststellen, das aber sei auch alles.

Aus den Berichten der Blätter über den Verlauf der gestrigen Verhandlung scheint hervorzugehen, daß Flandin und Laval „mit unbeugsamer Festigkeit" die Forderung vertreten haben, daß Deutschland dem Ost- und Mitteleuropapakt beitreten und auch in den Völkerbund zurückkehren müßte, bevor Frankreich sich auf eine Verhandlung über die Abschaffung von Teil V des Versailler Vertrages einlassen könne, während die englischen Minister die Nichtigkeitserklärung von Teil V als Voraussetzung für eine versöhnlichere Haltung Deutschlands bezeichnet hätten. Laval soll sich dabei auf das Sowjetrußland und der Kleinen Entente gegebene und dem sowjetrussischen Botschafter erst noch vor der Abreise nach London bestätigte Versprechen berufen haben, nicht über die deutsche Aufrüstung zu verhandeln, solange Deutschland nicht dem Ostpakt beigetreten sei. Laval soll ferner den Engländern angedeutet haben, daß der Plan erst eingehende Besprechungen notwendig mache, daß auf keinen Fall über den Kopf der kleinen Mächte hinweg ein Beschluß gefaßt werden würde, so daß alle weiteren Verhandlungen über die englischen Anregungen nach Genf zu verlegen wären. In den Kreisen der französischen Abordnung scheint man aber weder mit der Bereitschaft Deutschlands, nach Genf zurückzukehren, noch mit seiner Bereitschaft, dem Ostpakt beizutreten, mehr zu rechnen.

Die „Times" noch optimistisch.

DNB **London**, 2. Februar.

Nach der „Times" erwartet man in politischen Kreisen Englands „zuversichtlich", daß am Sonnabend nachmittag in den englisch-französischen Verhandlungen Beschlüsse zustande gebracht werden, die zwar nur allgemeiner Art seien, aber doch als befriedigend gelten könnten. Das Blatt erklärt zwar, daß bei den Besprechungen am Freitag auf beiden Seiten die Entschlossenheit zutage getreten sei, sich keineswegs in einen diplomatischen Kuhhandel einzulassen, sondern gemeinsam zu einer allgemeinen Politik der Befriedung und Klärung zu gelangen. Aber was das Blatt an Einzelheiten anführt, läßt durchblicken, daß der von der „Times" zur Schau getragene Optimismus wohl eher von dem Wunsch veranlaßt ist, die Verhandlungen nicht zu stören, als von wirklicher Befriedigung mit den vorliegenden Tatsachen. So sollen die französischen Minister bei der Erörterung der Sicherheitsfrage sozusagen im Namen der Kleinen Entente und Sowjetsrußlands zum Ausdruck gebracht haben, daß irgend eine Erörterung über die Legalisierung der deutschen Aufrüstung zunächst die Unterzeichnung des Ostpaktes durch Deutschland vorausgehen müsse. Die französische Regierung befinde sich, weil von der Kleinen Entente und Sowjetrußland diese Auffassung eindeutig vertreten werde, in einer schwierigen Lage. Sie rechne ja selbst auf eine engere Verbindung der Tschechoslowakei und Sowjetrußlands mit Frankreich, falls der Ostpakt durchfallen werde. Selbstverständlich wolle sich Frankreich die Kleine Entente nicht entfremden. Trotzdem werde es von den französischen Ministern durchaus verstanden, daß die englische Regierung den Wunsch hegt, die Fragen der Sicherheit und der Gleichberechtigung gleichzeitig geregelt sehen.

Ein anderer Punkt, über den noch keine Einigung erzielt wurde, sei die Frage des Verfahrens, durch das bei Anerkennung der deutschen Wiederaufrüstung der Teil V des Versailler Vertrages beseitigt werden soll.

„Daily Mail" erklärt heute als einzige Zeitung, daß die Besprechungen am Freitag auf einem toten Punkt angekommen seien.

Lord Allen of Hurtwood, der bekanntlich vor kurzem von seinem Berliner Besuch nach London zurückgekehrt ist, bekräftigt in einer Zuschrift an die „Times" die Ausführungen Lord Lothians über die Stellung Deutschlands. Er habe, so schreibt Lord Allen, noch nie eine so kluge und durchdringende Erläuterung der Lage gesehen, wie sie Lord Lothians gegeben habe. Der ausschlaggebende Punkt sei die Tatsache, daß die jetzige Regierung in Deutschland ebenso aus egoistischen wie aus Gründen der Selbstlosigkeit um den Frieden bemüht sei.

Die „Times" veröffentlicht aber gleichzeitig an zweiter Stelle eine Zuschrift des Deutschenhassers Wickham Steed, der die Aeußerungen des Lord Lothians über die Kriegsschuld mit angeblichen österreichisch-ungarischen Urkunden zu widerlegen sucht, mit denen er wieder einmal die angebliche Schuld Deutschlands am Ausbruch des Weltkrieges beweisen möchte.

Gespannte Lage in der Hauptstadt Louisianas.

„Diktator" Long und seine Gegner.

$ **Neuyork**, 2. Februar.

Senator Long, der „Diktator" von Louisiana, traf aus Washington kommend, unerwartet in Baton Rouge, der Hauptstadt von Louisiana, ein, um wie es heißt, die strafrechtliche Verfolgung einer Gruppe von Leuten in die Wege zu leiten, die angeblich seine Ermordung geplant hatten.

Der Streik in Baton Rouge geht um ein Gesetz, daß die Privatunternehmen zwingt, entlassenen Angestellten, wenn sie gewisse Bedingungen erfüllt haben, eine Pension zu zahlen. Die rücksichtslose Durchführung dieses Gesetzes ließ sich nun Senator Long, der früher Gouverneur von Louisiana war, aber auch heute noch durch den jetzigen Gouverneur dort alle Macht in Händen hat, so angelegen sein, daß eine äußerst heftige Opposition entstand, die dann schließlich zu Zusammenstößen zwischen Long-Anhängern und -gegnern führte. Zeitweise hielten sogar Feinde des Senators das Gerichtsgebäude von East Baton Rouge besetzt. Die Lage wurde so kritisch, daß der Ausnahmezustand verhängt werden mußte und Bundestruppen eingesetzt wurden, denen es schließlich gelang, die Aufrührer, die sich auf dem dortigen Flugplatz verschanzt hatten, unschädlich zu machen. Ein Teil von ihnen versuchte über die nahe mexikanische Grenze zu fliehen und wird zur Zeit von Bundestruppen verfolgt.

Senator Long wurde Freitag am Bahnhof von einer Leibwache von 700 Soldaten abgeholt und durchsauste in unheimlichem Tempo, immer begleitet von seinen Leibwächtern, im Automobil die Straßen der Stadt.

Die Lage in der Stadt ist äußerst gespannt. Es mußten elf Ausnahmegesetze erlassen werden, die u. a. Straßenansammlungen von mehr als zwei Personen verbieten, es ferner der Presse untersagt, die Staatsregierung herabsetzende Meldungen abzudrucken. Wie gereizt die Gemüter sind, geht daraus hervor, daß ein Zeitungsphotograph, der Long bei seiner Ankunft aufnehmen wollte, von einem Soldaten mit einem Faustschlag zu Boden gestreckt wurde. Der Präsident der „Squaredeal Association", ein erbitterter Gegner der Long-Diktatur, wurde im Hauptquartier dieser Vereinigung vorübergehend verhaftet.

Entlastungszeugen für Hauptmann.

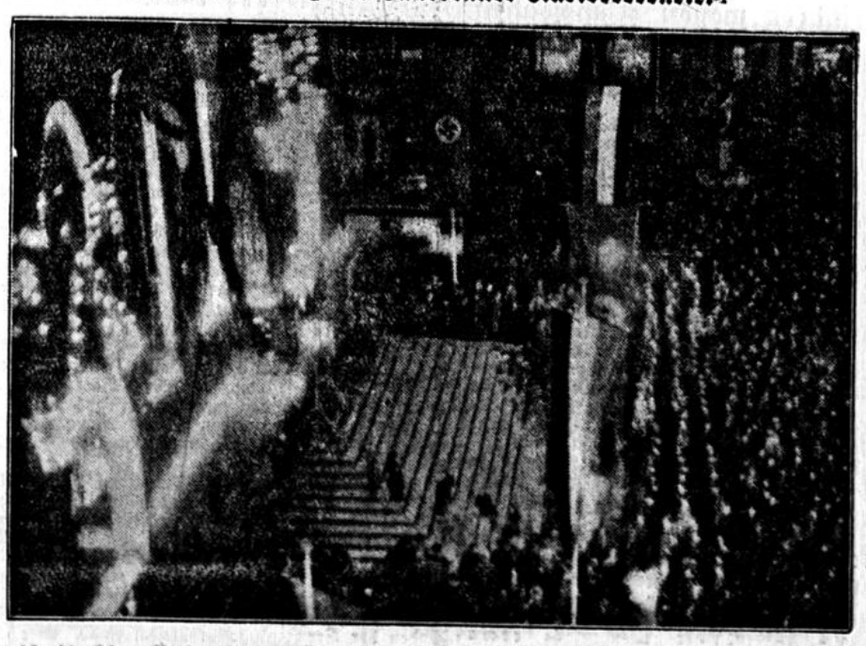
DNB **Flemington**, 2. Februar.

Der Handschriftensachverständige Trendley drückte bei der Vernehmung im Hauptmann-Prozeß die Ansicht aus, daß kein einziger Lösegeldbrief von Hauptmann geschrieben worden sei. Trendley behauptete, daß die Handschriftenkarten, die von den Sachverständigen der Anklagebehörde angefertigt worden seien, zahlreiche Worte in den Lösegeldbriefen für Vergleichszwecke nicht beachtet hätten. Reilly erklärte, die Verteidigung behaupte nicht, daß Isidor Fisch die Lösegeldbriefe abgeschrieben oder daß Lindberghs Kind entführt habe. Sie behaupte nur, daß Fisch das Lösegeld empfangen habe.

Als nächster Zeuge, den die Verteidigung vorgeschlagen hatte, wurde der Fingerabdrucksachverständige Sommer vernommen. Sommer sagte aus, er habe in der Entführungsnacht auf einer von New Jersey nach Newyork fahrenden Fähre zwei Männer beobachtet, die nach der Einfahrt der Fähre in Newyork einer Frau, die ein blondes Kind auf dem Arm hielt, einen Straßenbahnwagen zu besteigen halfen. Sommer gab an, daß er einen der Männer und die Frau auf Photographien wiedererkannt habe. Die Verteidigung stellte dazu fest, daß die von Sommer identifizierten Personen Isidor Fisch und Violet Sharpe seien. Sommer sagte weiter aus, daß er der Polizei sogleich Mitteilung machte, als er von der Entführung gehört hatte. Die Polizei aber habe seine Aussagen nicht weiter beachtet, sondern ihm gegenüber erklärt, daß sie zahlreiche derartige Aussagen mit angeblichen Anhaltspunkten erhalte.

Violet Sharpe war Zimmermädchen im Hause der Schwiegermutter Lindberghs. Violet Sharpe beging, nachdem die Untersuchung der Entführung aufgenommen worden war, Selbstmord. Reilly erklärte, die Verteidigung habe noch 36 Zeugen vorzuladen, er glaube aber, daß die Vernehmung bis Donnerstag nachmittag beendet sein werde. Die Verhandlung wurde auf Montag vertagt.

Befreiungssitzung der Saarbrücker Stadtverordneten.



Im reichgeschmückten Rathaussaal zu Saarbrücken fand, wie wir gemeldet haben, zum erstenmal am Tage der nationalsozialistischen Erhebung eine denkwürdige Festsitzung statt. Auf dem Vorplatz des Rathauses, das übrigens reich illuminiert war, wohnte eine riesige Menschenmenge dem historischen Akt bei, der durch Lautsprecher übertragen wurde. Der Saarbrücker Oberbürgermeister Dr. Neikes gab in seiner Rede der allgemeinen Freude über die Heimkehr bewegten Ausdruck. Der Stadtrat beschloß die Umbenennung einer Reihe von Straßen. Die Bahnhofstraße wird Adolf-Hitler-Straße, der Landwehrplatz Horst-Wessel-Platz und die Breite Straße zu Ehren des von den Franzosen erschossenen Eisenbahners Johannes Jakob künftig Johannesstraße heißen. Hier sieht man einen Ueberblick über die feierliche abendliche Veranstaltung vor dem Rathaus.

Die Wirtschaftskraft Südamerikas.

Von Südamerika ist dieser Tage eine deutsche Wirtschaftsdelegation zurückgekehrt. Aus diesem Anlaß geben wir hier einen umfassenden Ueberblick über die weltwirtschaftliche Bedeutung dieses riesigen Kontinents.

I.

Das Ringen der großen Mächte um den südamerikanischen Markt wird einmal aus der ganzen weltwirtschaftlichen und -politischen Situation verständlich, erklärt sich aber auch aus der Bedeutung Südamerikas als unerschöpfliches Rohstoff- und Austauschgebiet. Man muß sich vor Augen halten, daß der russische Markt durch die bolschewistischen Wirren und Autarkiebestrebungen stark beschnitten worden ist, daß der chinesische Markt unter den andauernden revolutionären Bewegungen großen Schaden leidet und vor allem durch die japanische Expansion und wirtschaftliche Aufsaugung für die europäischen Länder sehr beeinträchtigt wird. Die japanische Konkurrenz wird auf den ostasiatischen Märkten schmerzlich spürbar. Die britischen Dominions richten sich mehr und mehr auf Japan aus. Sogar Australien, das sich so ängstlich gegen eine japanische Invasion abschließt, sieht sich genötigt, ohne Rücksicht auf das englische Mutterland unmittelbare handelspolitische Regelungen mit Japan zu treffen, wodurch natürlich England ernstlich betroffen wird. Die japanischen Interessen beginnen sich in Hinterindien und Indien auszudehnen. Sie stoßen nach Afrika (Abessinien) und über den Pazifik nach Südamerika vor. Das niederländische Kolonialreich im großen malaischen Archipel gerät in gleicher Weise in den Bannkreis der wirtschaftlichen und handelspolitischen Expansion Japans, was die Holländer in Europa schon merkbar zu spüren bekommen. Der unmittelbare Handelsverkehr mit Japan wächst von Jahr zu Jahr; die wirtschaftlichen Beziehungen zum Mutterlande treten weiter zurück.

In dem Maße, wie bedeutende Gebiete der Erde — wenn auch langsam — dem primären Wirtschaftseinfluß Europas entzogen werden oder doch wenigstens neuen Durchbiegungstendenzen von einem eigengewachsenen Wirtschaftszentrum in Ostasien Raum geben, werden die europäischen Länder wie aber auch die Vereinigten Staaten in Nordamerika, die durch die japanische Expansion gleich stark bedroht werden, genötigt, sich jene Rohstoff- und Austauschgebiete zu erhalten, die sich ihnen noch aufgeschlossen erweisen und die infolge ihres Bedürfnisses nach europäischem Menschenzuzug und vor allem nach Kapital auf die Hilfe und Mitarbeit Europas oder der Vereinigten Staaten noch angewiesen sind. Je stärker die Autarkiebestrebungen in der Welt werden, je mehr der Raum der freien Weltwirtschaft zusammenschrumpft, umso hartnäckiger werden die verschiedenartigen Wirtschaftsinteressen in Südamerika aufeinander stoßen. Ein kurzer Ueberblick über diese Lage macht die ungeheuren Anstrengungen der Vereinigten Staaten wie auch Englands verständlich. Hinzu kommt, daß die großen und entwickelteren südamerikanischen Staaten, die sogenannten A-B-C-Staaten, Argentinien, Brasilien und Chile, eifersüchtig darüber wachen, daß ihnen ihre wirtschaftliche Stellung in den kleineren südamerikanischen Staaten durch fremde Einflüsse nicht verkümmert wird. Amerikas planamerikanische Parole rührt geschickt an diese Empfindlichkeiten und hat auch schon manchen Erfolg erzielt.

Südamerika wird aber noch für lange Zeit fremde Hilfe zur Erschließung seiner ungehobenen und nicht genügend verwerteten natürlichen Reichtümer brauchen. Die allgemeine Wirtschaftskrise verflicht diesen Kontinent mit dem europäischen Schicksal. Durch eine einseitige Wirtschaftspolitik, die sich zu stark auf vorübergehende Konjunkturen einstellte (z. B. Fleischkonservenindustrie im Weltkriege!) und die monopolistischen Agrartendenzen in übertriebener Weise begünstigte, (z. B. Kaffeemonopol in Brasilien!), sind die südamerikanischen Länder in die allgemeinen wirtschaftlichen Schwierigkeiten miteinbezogen worden. Ihre Kaufkraft verminderte sich nach dem Weltkrieg sehr stark. Sie wurden zu einer Devisenzwangswirtschaft genötigt, gelangten aber mit vielen europäischen Ländern zu neuen Austausch- und Gegenseitigkeitsverträgen, die ihre Ausfuhr in der letzten Zeit stark anwachsen ließen und ihre Aufnahmefähigkeit für fremde Waren außerordentlich erhöhten. Die Ausfuhr Argentiniens hat sich von Ende 1933 bis Ende 1934 um 18 Prozent gesteigert, die brasilianische Ausfuhr um 7¼ Prozent und die chilenische Ausfuhr sogar um 37 Prozent. Das bedeutet natürlich erhöhte Kaufkraft dieser Länder.

Es ist mit Recht beklagt worden, daß Deutschland im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern nicht den richtigen Nutzen aus diesem Umschwung gezogen habe. Um die bisherigen Versäumnisse nachzuholen, ist unter der Führung des außerordentlichen Gesandten Dr. Kiep eine deutsche Delegation nach Südamerika gesandt worden, die gerade in diesen Tagen mit guten Ergebnissen nach Hamburg zurückgekehrt ist. Mit Argentinien sind verbesserte Austauschmöglichkeiten und -bedingungen erzielt worden; in Brasilien wurde die deutsche Rohstoffversorgung mit

Kautschuk und Baumwolle geregelt, mit Chile kam es zum Abschluß eines neuen Handelsvertrages. Die Reise Dr. Kleps unterstreicht die Bedeutung der südamerikanischen Märkte für Deutschland und beweist, wie stark die südamerikanischen Staaten von allen Seiten umworben sind. Sie kommen für die europäischen Industrien vor allem für den Absatz von hochentwickelten Spezialerzeugnissen in Frage, welche die noch nicht gleichwertig leistungsfähige südamerikanische Industrie nicht herstellen kann.

Nach wie vor ist Südamerika sowohl für Siedlung wie auch für Kapitalanlagen ein noch zu erschließendes, aussichtsreiches Zukunftsland. Das gesamte Gebiet umfaßt 17½ Millionen Quadratkilometer, von denen allein 8½ Millionen Quadratkilometer auf Brasilien entfallen, das somit fast so groß wie ganz Europa ist oder 15½ mal so groß wie Deutschland. Argentinien umfaßt 2,9 Millionen Quadratkilometer und ist 5½ mal größer als Deutschland; Chile mißt 725 000 Quadratkilometer, d. i. 1½ Deutsches Reich; Bolivien ist 1,334 Millionen Quadratkilometer, Peru 1,770 Millionen Quadratkilometer groß. Es sind also riesige Gebiete von kontinentalen Ausmaßen, die durch alle Klima-Zonen hindurchreichen. In den zehn Freistaaten des südamerikanischen Kontinents wohnen ca. 60 Millionen bei einem Gesamtfassungsvermögen von etwa zwei Milliarden Menschen. Die größte Bevölkerungsdichte weist der kleine La Plata-Staat Uruguay auf mit sieben Einwohnern auf einem Quadratkilometer.

Die Westküste Südamerikas wird durch den kühlen Perustrom beeinflußt. Der Westen ist regenreicher als der Osten. Die eigentlich gemäßigte Zone (Südchile und -Argentinien) macht nur ein Neuntel der Gesamtfläche aus. Doch muß berücksichtigt werden, daß weiträumige Gebiete durch organischen Einfluß und durch Hochgebirgslage für den Europäer siedlungsfähig werden. Südamerika ist reich an fruchtbaren Landschaften, in denen tropische und subtropische Gewächse gedeihen und die reiche Ernten abwerfen, die vor allem reich sind an wertvollen Hölzern und unerschöpflich an Mineralien.

Die Voraussetzung für die Erschließung der zentralen südamerikanischen Ländermassen sind die einzigartigen Flußsysteme. Im Westen sind die Flüsse durch die Nähe der hohen Küstengebirge in ihrem Lauf kurz und reißend. Sie kommen daher nur in kurzem Ausmaß für die Schiffahrt in Betracht, dagegen sind sie höchst bedeutungsvoll für die künstliche Bewässerung der regenarmen westlichen Küstenstriche und Gebirgstäler, die ohne Bewässerung wüstenähnlichen Charakter haben würden. Die nach Norden und Osten abströmenden Riesenflüsse sind bis tief ins Land hinein schiffbar und für den wirtschaftlichen Verkehr von größter Wichtigkeit. Die altspanischen Eroberer sind an diesen Strömen entlang ins Innere eingedrungen. An ihren Ufern und Mündungspunkten entstanden die wichtigsten Siedlungen, die heute große Städte und Wirtschaftszentren geworden sind. Noch heute sind die Flußläufe für weite zentrale Urwaldgebiete die einzige Verkehrsader, auf der das Holz, der Kautschuk, die ergiebigen sonstigen Waldprodukte wie Mate- oder Yerba-Tee, Koka und Chinarinde in die Welt befördert werden. Der einzige, nach Norden ins Karibische Meer fließende Strom, der Magdalenenstrom in Kolumbien, ist 1300 km, der Venezuela durchfließende Orinoko 3000 km lang, beide auf 300 bezw. 400 km schiffbar. Für Wirtschaft und Verkehr am bedeutendsten ist der Amazonas und das La Plata-Flußsystem. Der Amazonenstrom mißt 5500 Kilometer; sein Stromgebiet umfaßt 7,05 Millionen Quadratkilometer und zieht Ecuador, Ostperu, Bolivien, Brasilien in seinen Bannkreis. Der Amazonas ist 70 Meter tief; bis Iquito ist er für Ueberseeschiffe befahrbar. Mit einfachen Flußschiffen kann er bis Ostperu in einer Länge von 4500 Kilometern befahren werden. Der La Plata ist eine süßwasserhaltige, stromähnlich tief ins Land reichende Bucht, die von den spanischen Entdeckern ursprünglich für einen breiten Strom gehalten wurde. Tatsächlich ist sie nur eine Mündungsbucht, in die der Uruguay und der Parana, mit seinen mächtigen Nebenflüssen Paraguay, Gilcomayo und Vermejo einmündet. 10 000-Tonnenschiffe können den Parana aufwärts bis Rosario fahren; Schiffe mit 6000 Tonnen bis Santa Fé; durchschnittliche Flußschiffe fahren den Paraguay hinauf bis Asuncion, die Hauptstadt Paraguays. Dieses ausgedehnte Flußsystem ersetzt in Vielem das noch nicht vollkommen durchgebildete Eisenbahnnetz, das in den La Plata-Provinzen Argentiniens und Uruguays am dichtesten entwickelt ist. Das chilenische Längstal ist heute in einer Länge von 1100 km und in einer Breite von 100 km von der Eisenbahn durchzogen.

„Demokratisierung" in Rußland.

DNB **Moskau**, 2. Februar.

Am 1. Februar fand unter Vorsitz Stalins eine Vollsitzung des Zentralausschusses der Partei statt, in der über politische und wirtschaftliche Fragen beraten wurde. Es wurde beschlossen:

1. Anstelle des ermordeten Mitgliedes des Politbüros Kirow und des verstorbenen Mitgliedes des Politbüros Kuibyschew werden der Volkskommissar für Ernährung, Mikojan, und der stellvertr. Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der Sowjetunion, Tschubar, der früher an der Spitze der Räteregierung in der Ukraine stand, in das Politbüro gewählt. Als Kandidaten für das Politbüro wurden gewählt Schdanow (der Sekretär der Leningrader Parteiorganisation) und der Vorsitzende des sibirischen Revolutionsausschusses, Eiche.

2. Zum 3. Generalsekretär der Partei wurde Jeschow ernannt.

3. Das Plenum des Kongresses beschloß, den Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare, Molotow, zu beauftragen, im Namen des Zentralvollzugsausschusses der Partei dem 7. Rätekongreß einen Vorschlag über die Notwendigkeit gewisser Aenderungen der Verfassung der Sowjetunion zu unterbreiten, und zwar in folgender Richtung:

a) weitere Demokratisierung des Wahlsystems im Sinne eines Ersatzes der nicht vollkommen gleichen Wahlen durch gleiche, der bisher gestaffelten durch direkte und der offenen durch geheime;

b) Präzisierung der sozialwirtschaftlichen Grundlage der Verfassung im Sinne einer Uebereinstimmung der Verfassung mit dem heutigen Verhältnis der Kräfte der verschiedenen Klassen der Sowjetunion.

Dabei ist insbesondere an eine Abänderung im Sinne der Errungenschaften der Revolution gedacht, d. h. der Schaffung der neuen starken Industrie, der Zerschlagung des Bürgertums, des Sieges des Systems der Kollektivwirtschaften, der Befestigung des sozialistischen Eigentums als Grundlage der Sowjetgesellschaft usw.

Politische Gesamtrundschau von Dr. Goebbels.

„Wir wollen nicht eine Armee, um Krieg zu führen, sondern um den Frieden zu erhalten".

Rede auf dem Berliner Gautag.

Berlin, 2. Februar.

Der erste Gautag der NSDAP Groß-Berlin im neuen Jahre wurde für die 20 000 politischen Leiter, die den Sportpalast überfüllten, wieder zu einem ganz besonderen Erlebnis. Wie immer bei diesen Zusammenkünften der Partei, so hielt auch diesmal der Gauleiter Reichsminister Dr. Goebbels eine groß angelegte Rede, die, mit viel Humor gewürzt, in allen ihren Teilen begeisterte Zustimmung fand und ungeachtet ihrer mehr als zweistündigen Dauer die Zuhörer bis zum letzten Augenblick fesselte. Das Interesse war umso größer, als kaum ein einziges Gebiet der aktuellen Fragen des Staats- und Parteilebens unberücksichtigt blieb.

Der Gauleiter nahm eingangs den zweiten Jahrestag der Machtergreifung zum Anlaß, um an die Lage der Partei im Dezember 1932 zu erinnern. Von harten Schicksalsschlägen betroffen, war sie damals schwerstens bedroht. Als der Führer am 30. Januar mittags um 1 Uhr die Staatsführung in der Hand hatte, da wußten wir, daß kein Grund war zum Feiern, sondern daß Arbeit über Arbeit uns erwartete. Man war im gegnerischen Lager verrannt genug zu glauben, daß auch wir die Macht schon bald wieder abgeben würden. Aus den drei Monaten, die man uns großmütigerweise zubilligte, sind aber mittlerweile zwei Jahre geworden, und ich glaube: Es werden daraus 20 und aus diesen 20 200 Jahre werden, und es wird sich nichts an der Tatsache des nationalsozialistischen Deutschlands ändern. (Stürmischer Beifall).

Das Reich, führte Dr. Goebbels weiter aus, ist im Vergleich zu damals nicht schwächer, sondern stärker geworden.

Das Regime hat sich nicht abgenutzt, sondern befestigt, und niemand glaubt mehr daran, daß der Nationalsozialismus je noch einmal das Feld räumen könnte.

Mögen Fehler gemacht worden sein, mögen Mängel da und dort unterlaufen — sie reichen insgesamt nicht dazu aus, uns die Erfolge streitig zu machen und den Nationalsozialismus in seiner Kraft und in seiner Macht zu brechen. Sein Ende ist überhaupt unvorstellbar. Auch unsere Gegner haben das allmählich einsehen gelernt. Der Nationalsozialismus fühlt sich so sicher im Sattel, daß er es gar nicht nötig hat, mit Festen und Feiern auf seine Existenz aufmerksam zu machen. Er hat heute dazu wirksamere Mittel. Das Volk ist mit ihm innerlich solidarisch geworden.

Das zweite Jahr unseres revolutionären Aufbaues hat sich würdig dem ersten Jahre des Durchbruchs angeschlossen. Vier Jahre Zeit hatten wir bei der Machtübernahme verlangt, und schon jetzt sind zwei Drittel unseres Auftrages erfüllt. Gewiß, unsere Regierung hat dabei auch Glück gehabt, während den verflossenen Parteien Gott seine Hilfe versagte, obwohl sie manchmal so taten, als ob er ihr Fraktionskollege wäre. (Stürmische Heiterkeit.) Glück muß man eben haben. Das Regime steht. Mit Initiative, Mut und Ideen geht es an die Zeitprobleme heran.

Was vor zwei Jahren noch schwerste Krisen und schärfsten Widerstand hervorgerufen hätte, vollzieht sich heute so geräuschlos, daß man kaum mehr etwas davon merkt. Dr. Goebbels verwies in diesem Zusammenhang auf die jetzt angebahnte Senkung des Zinsfußes, die er als den Anfang eines organischen Umbaues des gesamten deutschen Kreditwesens bezeichnete. Zu geeigneter Zeit begonnen, habe sie sich ohne jede Erschütterung vollzogen, und keine Fabrik, keine Bank sei dabei zu Grunde gegangen. In der Frage der Devisen- und Rohstoffbeschaffung habe es gegolten, entweder das Arbeitsbeschaffungsprogramm aufzugeben, oder aber zeitweilig Schwierigkeiten in Kauf zu nehmen. Selbstverständlich habe man sich dafür entschlossen, die Arbeitslosen in den Wirtschaftsprozeß einzugliedern. Infolgedessen habe man natürlich auf der anderen Seite auch mehr oder minder auf dem Gebiet der Devisenbeschaffung zu kämpfen gehabt. Einen nicht zu unterschätzenden Vorteil habe diese Zwangslage mit sich gebracht:

Die Beschaffung von eigenen Rohstoffen auf synthetischem Wege sei in Deutschland schon soweit fortgeschritten, daß auf einigen Gebieten bereits eine gewisse Unabhängigkeit vom Auslandsmarkt festzustellen sei.

So verdanke die nationalsozialistische Regierung die Erfolge nicht allein dem Glück, sondern auch der Not und der Bedrängnis, die sie gelehrt hätten, die gegebenen Folgerungen aus der Lage zu ziehen.

Es wäre verständlich gewesen, so fuhr Dr. Goebbels fort, wenn sich die Regierung angesichts ihrer großen Aufgaben im ersten Ansturm weniger um die Lebenshaltung der breiten Massen hätte kümmern können. Aber wir haben schon mitten im Aufbau unserer Wirtschaft dem sozialistischen Teil unseres Programms Genüge widerfahren lassen. Es gibt wohl in der Welt heute keinen Staat, der sozial so verankert wäre wie der unsere.

Aus der Fülle der Maßnahmen, die die wirtschaftlichen und sozialen Erfolge politisch zu untermauern hatten, hob Dr. Goebbels im weiter Verlauf seiner Ausführungen die Reichsreform besonders hervor, wobei er betonte, wie wichtig für unsere außenpolitische Position das Vorhandensein eines einzigen zentralen politischen Willens ist, weiter die Rassegesetzgebung, die Maßnahmen zur Bekämpfung erbkranken Nachwuchses, den Umbau der Presse und des Rundfunks, den Neuaufbau von Theater und Film. Nur ein Mann, Adolf Hitler, so rief er zusammenfassend unter dem stürmischen Beifall der Parteigenossen aus, repräsentiert den deutschen Willen.

Partei und Staat sind unterdes in der Zentralidee unserer Weltanschauung so verzahnt und verklammert worden, daß man sie garnicht mehr auseinanderreißen kann. Die Idee überdacht alles. Partei, Staat und Wehrmacht sind die Organisationen der Idee in ihrer Ausführung und auf den Säulen dieser Organisationen steht fest, legal und unerschütterlich das nationalsozialistische Regime. Dadurch sind wir in die Lage versetzt worden, eine aktive Außenpolitik zu betreiben, bei der wir ja vor zwei Jahren ganz besonders trostlose Verhältnisse vorfanden. Lang anhaltender stürmischer Beifall rief die Feststellung des Minister hervor:

Man hat im Ausland lärmen müssen daß man ein deutsches Nein als ein Nein und ein deutsches Ja als ein Ja hinnehmen muß. Wir haben die Außenpolitik aus dem Bereich der Phrase herausgenommen. Wenn man von uns fordert, daß auch wir uns für eine Befriedigung Europas einsetzen, dann muß man uns auch als gleichberechtigte Partner in Kauf nehmen!

Es muß das eine tatsächliche Gleichberechtigung sein, die nicht mit moralischen Phrasen entwertet wird. Das heißt nicht etwa, daß wir den Krieg wollen. Wir wollen nicht eine Armee, um Krieg zu führen, sondern um den Frieden zu erhalten. Denn ein ohnmächtiges Land ist geradezu eine Einladung an die Welt, es zu überfallen. Unter tosendem Beifall rief der Minister aus:

Unsere Entschlossenheit zur Erkämpfung der deutschen Gleichberechtigung ist unerschütterlich! Sie kann überhaupt nicht abgehandelt werden!

Ob wir kommenden Vereinbarungen beitreten, das hängt in erster Linie davon ab, ob wir das tun können als souveräner und gleichberechtigter Staat. (Erneuter, langanhaltender Beifall). Von einer Rückkehr in den Völkerbund kann solange keine Rede sein, als wir mit den anderen Nationen keine gleichen Rechte haben. Wir sind jederzeit bereit, am internationalen Frieden mitzuarbeiten und unseren Zoll zu entrichten für die Konsolidierung Europas. Unser Abkommen mit Polen hat auch bewiesen, daß wir entschlossen sind, für den allgemeinen Frieden Opfer zu bringen. Es ist unser ernsthafter Wille, dem gequälten Erdteil Europa Frieden zu geben. Aber da ein solcher Friede von Dauer sein soll, kann er nicht auf der wankenden Basis ungleicher Rechte errichtet werden.

Der Gauleiter warf nach diesem großen Ueberblick über die Gesamtlinie der deutschen Innen- und Außenpolitik die Frage auf, was demgegenüber die kleinen Sorgen des Alltags, die unbedeutenden Mängel an diesem oder jenem Menschen, an dieser oder jener Sache zu sagen hätten. Er klärte vorerst das Verhältnis zwischen Parteigenossen und Nichtparteigenossen dahin:

Wir wollen dem Nichtparteigenossen keineswegs seine Betätigung im wirtschaftlichen und im kulturellen Leben beschränken. Aber die Politik wird von der Partei gemacht, und da soll uns niemand ins Handwerk pfuschen.

Daß im übrigen eine Partei mit mehreren hunderttausend politischen Leitern auch hier und da einen unzulänglichen Amtswalter aufzuweisen hat, ist nur natürlich. Haben wir ihn erkannt, so wird er ausgeschaltet. Aber keineswegs geben wir unsere Hand dazu, einen Parteigenossen, der der Partei ehrlich gedient hat, deshalb gleich abzusetzen, weil er einmal einen Fehler gemacht hat. Da erklären wir uns solidarisch mit ihm, denn er ist immer noch weit besser als der Spießer, der garnichts getan und nur gemeckert hat. (Stürmischer Beifall). Eine andere Frage, die Dr. Goebbels berührte, war die:

Hat die Partei das Recht und die Pflicht zu angemessenem Auftreten? Er beantwortet sie offen dahin: Auch öffentliches Auftreten ist für uns nur ein Mittel zum Zweck. Wir müssen es ebenso beherrschen wie alle anderen Gebiete. Nur muß der Nationalsozialist dabei immer bleiben, was er ist.

Jedes Gebiet, das wir freiwillig aufgeben, überlassen wir damit unseren offenen oder getarnten Gegnern. Deswegen sollen und dürfen Amtswalter wie Minister sich dadurch nicht ändern. Unsere Parteigenossen, die in langer Kampfzeit bewiesen haben, daß sie Opfer bringen und Entsagung üben können, haben es nicht nötig, ihre Ehrlichkeit und Lauterkeit täglich aufs neue zu verteidigen.

Zum Schluß gab der Minister noch einmal unter Hinweis auf die kommenden außenpolitischen Entscheidungen die Versicherung ab: Das deutsche Volk will den Frieden, es will aber auch sein Lebensrecht. Es ist entschlossen, selbst durch Opfer seinen Beitrag zum europäischen Frieden und zu einer neuen europäischen Ordnung beizusteuern. Es ist aber ebenso entschlossen, seine gleiche Berechtigung zu erkämpfen. Von dieser Forderung — und wieder war stürmischer Beifall das Zeichen der Zustimmung — wird uns kein Zureden und kein Feilschen, aber auch keine Drohung abbringen können. Die Welt muß wissen, daß wir mit dieser Forderung stehen und fallen. Denn nur auf ihrer Erfüllung kann sich ein neues Europa aufrichten.

Dr. Goebbels schloß mit dem Bekenntnis zur Kraft des deutschen Volkes, das heute als ein stahlharter und geschlossener Willensblock dasteht, der nicht mehr auseinandergebrochen werden kann. Die Welt muß ein Einsehen haben. Mit dieser festen Ueberzeugung gehen wir voll Mut und Vertrauen in das dritte Jahr unseres Aufbaues.

Der Führer beim Festkonzert des Gewandhaus-Orchesters.

DNB **Berlin**, 2. Februar.

Nach mehr als 150 jährigem Bestehen konzertierte das Leipziger Gewandhaus-Orchester am Freitag abend zum ersten Male unter Leitung seines Kapellmeisters Prof. Hermann Abendroth in Berlin. Der Leipziger Oberbürgermeister Dr. Görderler hatte die Schirmherrschaft über das Konzert übernommen, das von der NS-Kulturgemeinde zugunsten des deutschen Winterhilfswerkes veranstaltet wurde. Es erhielt eine besondere Auszeichnung durch die Anwesenheit des Führers und Reichskanzlers, der in der ersten Reihe des bis auf den letzten Platz besetzten Saales der Philharmonie den musikalischen Darbietungen folgte und dem Pianisten Wilhelm Backhaus sowie dem Dirigenten persönlich für ihre künstlerischen Leistungen dankte. Das Programm umfaßte die Böcklin-Suite von Reger, die Dritte Symphonie Beethovens und das A-Moll-Klavierkonzert von Robert Schumann. Das Publikum bereitete den Künstlern stürmische Beifallskundgebungen.

Generalleutnant a. D. Graf von Schmettow †.

DNB **Berlin**, 2. Februar.

Generalleutnant a. D. Eberhard Graf von Schmettow, Ritter des Ordens pour le mérite, ist in Görlitz, wo er im Ruhestand lebte, im 74. Lebensjahre gestorben. Graf Schmettow, der im Jahre 1902 von dem ehemaligen Kaiser zum diensttuenden Flügeladjutanten ernannt worden war, führte bei Beginn des Krieges im Rahmen der Armee Mackensens die 9. Kavalleriedivision, später die 59. Infanteriedivision und zuletzt das Generalkommando 65. Besonders ausgezeichnet hat sich Graf Schmettow im rumänischen Feldzug.

Betriebssabotage.

DNB **Halle**, 2. Februar.

Wegen schwerer Verstöße gegen den Gedanken der Betriebsgemeinschaft wurden die Inhaber der Halleschen Rohpappenfabrik M. Graßmeyer GmbH., Zwintschöna, Erich und Helmuth Graßmeyer, in Haft genommen. Es wird ihnen u. a. Betriebssabotage, durch die 90 Mann der Belegschaft brotlos wurden, ferner Hinausziehung der Kurzarbeiterstützungen und Nichtabführung von Kassenbeiträgen und Invalidengeldern vorgeworfen.

Boleslaw Limanowski †.

Ein Vorkämpfer der polnischen Unabhängigkeit im Alter von fast hundert Jahren gestorben.

)(**Warschau**, 2. Februar.

In Warschau starb im Alter von beinahe 100 Jahren der Senator Boleslaw Limanowski, der nicht nur der geistige Vater der polnischen sozialistischen Partei durch seine wissenschaftlichen und publizistischen Arbeiten geworden ist, sondern sich auch als glühender Vorkämpfer für die polnische Unabhängigkeit in allen polnischen Lagern die größte Hochachtung erworben hat. Er war in früheren Jahren auch von starkem Einfluß auf den jungen Pilsudski, den heutigen Marschall von Polen.

Limanowski wurde am 30. Oktober 1835 im Kreise Dünaburg geboren, studierte in Dorpat und betätigte sich von Jugend auf an der Vorbereitung der polnischen Unabhängigkeitsbewegung. 1861 nahm er aktiven Anteil an dem Kampf gegen die russischen Eroberer und stand an der Spitze des Wilnaer Aufständischen-Ausschusses. Er wurde verhaftet und nach Archangelsk verschickt. 1863 versuchte er zu fliehen, um an dem polnischen Aufstand gegen Rußland teilzunehmen. Dabei wurde er jedoch wieder verhaftet. 1868 wurde er amnestiert und ließ sich 1870 in Galizien nieder. 1880 gründete er die Organisation „Polnisches Volk", die alle diejenigen polnischen Sozialisten umfaßte, die nicht nur für die Arbeiterbewegung, sondern vor allem auch für die polnische Unabhängigkeit kämpften. 1889 schrieb Limanowski in Paris sein Hauptwerk „Soziologie", das die Grundlage des Lebens und der Entwicklung der polnischen sozialistischen Partei wurde. Seit 1892 gehörte Limanowski dieser Partei an. Als Mitglied dieser Partei wurde er in den letzten Jahren in den Senat der Republik Polen gewählt. Im letzten Oktober feierte man ihn im ganzen Lande. Am 3. November 1934 verlieh ihm die Warschauer Universität den Ehrendoktor.

Kleppers Unregelmäßigkeiten bei der Preußenkasse.

Das Verfahren wegen Abwesenheit vorläufig eingestellt.

:: **Berlin**, 2. Februar.

Die Justizpressestelle teilt mit: Ende März 1933 wurde auf Antrag der Staatsanwaltschaft Berlin gegen den früheren preußischen Finanzminister und ehemaligen Präsidenten der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse (Preußenkasse), Otto Klepper, sowie gegen den früheren Direktor der Deutschen Pächterkreditbank (Domänenbank), Dr. Hans Walter Schmidt, die Voruntersuchung eröffnet. Klepper war dringend verdächtigt, in mehreren Fällen sich der Untreue zum Nachteil der Preußenkasse schuldig gemacht zu haben. Bei Dr. Schmidt bestand der Verdacht, Klepper bei einigen dieser Untreue-Handlungen Beihilfe geleistet, im übrigen zum Nachteil der Domänenkasse gehandelt zu haben. Nach umfangreicher Ermittlungsarbeit ist die Voruntersuchung nunmehr geschlossen worden. Schon bei der Eröffnung hatten die Angeschuldigten Deutschland verlassen. Sie halten sich auch jetzt noch im Ausland auf. Da ihre Rückkehr nach Deutschland nicht zu erwarten ist, ihre Auslieferung aber nicht zu erreichen war, hat die Strafkammer des Landgerichts Berlin auf Antrag der Staatsanwaltschaft das Verfahren gegen beide Angeschuldigte wegen Abwesenheit vorläufig eingestellt.

Die Voruntersuchung hat in mehreren Fällen ergeben, daß bezüglich beider Angeschuldigter dringender Tatverdacht vorliegt. So hat in einem Falle der Angeschuldigte Klepper als Präsident der Preußenkasse etwa 200 000 Reichsmark aus Mitteln der Preußenkasse abgezweigt und diese Gelder in verschleierter Form bei der Domänenbetriebsgesellschaft, einem von der Domänenbank beherrschten Unternehmen auf einem Sonderkonto A angelegt. Dieses Konto ließ Klepper von dem Angeschuldigten Dr. Schmidt verwalten. Die auf diese Weise der Preußenkasse zu Unrecht entzogenen Gelder sollten offenbar der Stützung der Politik der damaligen preußischen Regierung dienen. Sie sind auch zum größten Teil für diese Zwecke verwendet worden. Die mangelhafte Kontrolle dieses Fonds hat der Angeschuldigte Klepper dazu ausgenutzt, um aus diesen Mitteln einen Betrag von 30 000 Mark einem verschuldeten Pächter zuzuwenden, dem er persönlich zu Dank verpflichtet war. Ein weiterer Betrag von 30 000 Reichsmark wurde demselben Pächter durch Klepper und Schmidt aus den Mitteln der Domänenbank schenkungsweise überlassen, wodurch auch die Domänenbank durch die Angeschuldigten erheblich geschädigt worden ist. Daraus folgt der dringende Verdacht sowohl hinsichtlich Kleppers als auch Dr. Schmidts, sich der Untreue gegenüber den von ihnen vertretenen Geldinstituten schuldig gemacht zu haben. Der angeschuldigte Klepper hat weiterhin die Preußenkasse dadurch geschädigt, daß er aus ihren Mitteln an hochbezahlte Angestellte der Kasse hohe Unterstützungssummen zur Auszahlung bringen ließ. So erhielt ein Hilfsarbeiter Kleppers, der ein monatliches Gehalt von über 2000 Mark bezog, Unterstützungen in Höhe von mehreren tausend Mark. Einer Angestellten wurden neben ihrem Monatsgehalt von 1000 Mark Unterstützungen in Höhe von 6000 Mark durch Klepper bewilligt.

Ein weiterer dringender Tatverdacht einer Untreue auf Kosten der Preußenkasse ergab sich im Falle des inzwischen wegen Betruges rechtskräftig abgeurteilten Ausländers Raphael Bernfeld. In diesem Falle hat Klepper unter Beihilfe des angeschuldigten Schmidt an Bernfeld einen völlig ungesicherten Kredit von ungefähr 150 000 Mark auszahlen lassen. Irgendwelche Rückzahlungen durch Bernfeld erfolgten nicht, so daß der Gesamtschaden der Preußenkasse in diesem Falle über 174 000 Reichsmark beträgt.

Im Laufe des Ermittlungsverfahrens sowie der gerichtlichen Voruntersuchung haben sich auch sonst noch weitere Verdachtsmomente strafbarer Handlungen bezüglich der Angeschuldigten ergeben. Ein Teil dieser Handlungen wurde indessen durch die politischen Amnestien erlassen, bei einem anderen Teil war eine hinreichende Klärung mit Rücksicht auf die Abwesenheit der Angeschuldigten nicht möglich.